

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1923**

40 (6.4.1923)



Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag.

Bezugs-Preis: Durch die Post bezogen und durch den Briefträger u. unsere Aussträger ohne Bestellgeld monatlich 2700.— Mk.

Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftszeit 10 1/2—5 Uhr, Sonntags geschlossen.

Fernsprechanschl. Nr. 11.

Postfach-Konto Karlsruhe Nr. 6903.

# Der Landbote

Sinsheimer Zeitung



General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise: Anzeigen: Die 42 mm breite Mittelzeile 60.— Mk. Reklams: Die 87 mm breite Mittelzeile 100.— Mk. Anzeigen mit Adressen oder Anstalts-Adressen Mark-Landesverteilung. Alle Preise freibleibend. Grundbesitz im Anzeigen- und Zeitteil ist frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der bei Rückzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Entscheidung und bei gerichtlicher Entscheidung und bei gerichtlicher Entscheidung. Nachdruckverwehungen werden nicht anerkannt und für Aufnahmen an bestimmten Tagen sowie für telefonische Aufträge keine Gewähr übernommen. Anzeigenannahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.

Nr. 40.

Freitag, den 6. April 1923.

84. Jahrgang

## Das Wichtigste.

Zwischen Frankreich und Jugoslawien wird eine Militärkonvention vorbereitet. Zur Reorganisation des jugoslawischen Heeres will Frankreich eine Anleihe von 300 Millionen Franken gewähren.

General Degoutte hat einen Befehl herausgegeben, wonach alle Eisenbahner, welche die Arbeit im Dienste der französisch-belgischen Regie nicht wieder aufnehmen, ohne weiteres entlassen sind und ausgewiesen werden können.

Die deutsche Regierung hat der französischen Regierung einen genau begründeten Protest wegen der Vorgänge in Essen übergeben.

In Bochum haben die Franzosen sämtliche Großbanken militärisch besetzt und abgesperrt.

Ueber die Frage einer Stabilisierung der Arbeiterlöhne sollen Mitte dieses Monats Verhandlungen zwischen Vertretern der Industrie und der Gewerkschaften stattfinden.

## Das Spiel Frankreichs.

In dem großen Spiel, dessen Einsatz auf der einen Seite die Existenz Deutschlands, auf der anderen der Traum von einer französischen Europahegemonie ist, spielt einer der beiden Spieler — und das ist Frankreich — mit unfairen Mitteln. Einer der besten Kniffe des französischen Spieles ist die Dementierkniff, d. h. Frankreich liebt es, nachdem es zur Bearbeitung der Dementierkniff einen der üblichen mit geradezu zynischem Freimut direkt auf das erstrebte Ziel losgehenden Pressefeldzug inszeniert hat, diese geradlinige Entwicklung unvermutet zu unterbrechen und alles, was es ursprünglich als sein Ziel ganz ungeschminkt eingestanden hat, plötzlich wieder zu dementieren. Wobei aber — und das ist das wesentlichste — das alte Ziel durchaus nicht etwa abgeschwächt, sondern in Wirklichkeit ganz unverändert festgehalten wird. Der Zweck des Manövers ist nur, Verwirrung zu erregen, um dann unter dem Deckmantel dieser Verwirrung umso ungeförter und zielbewußter die Verwirklichung des niemals aufgegebenen alten Planes antreten zu können.

Das gilt es im Auge zu behalten, wenn man sich von dem neuesten dieser sogenannten Dementierkniffe Frankreichs nicht täuschen lassen will. Bekanntlich war seit einigen Wochen die gesamte französische Presse, also das Sprachrohr der Regierungspolitik, ganz einseitig auf die Forderung: „Militärische Sicherung vor Reparationszahlung“ eingestellt, eine Forderung, die zweifellos ohne tatsächliche auch der Wunsch der Regierung und, wie wir ja schon bewiesen, als eines der Mittel zur Erreichung des großen Zwecks, der dauernden Annektierung des linken Rheinufers, gedacht war. Frankreich war diesmal ausnahmsweise eine Zeit lang ehrlich.

Sei es nun, daß man jetzt bereit, allzu offen vorgegangen zu sein oder sei es, daß man aus irgend welchen anderen Gründen glaubt, wieder eine der beliebtesten Karten auszuspielen zu müssen, auf einmal kommen aus Paris andere Töne, Töne, die gewissermaßen wie ein Rückzug klingen, von denen man sich aber trotzdem oder gerade deshalb nicht beirren lassen darf. Frankreich bremst also ab, es dementiert wieder einmal. Träger des Manövers ist diesmal der „Temps“.

In seinem Leitartikel vom 26. März wird ausdrücklich betont, daß die Sicherheitsfrage „vorläufig“ zurückgestellt worden ist und bei etwaigen Verhandlungen über die Räumung des Ruhrgebietes von Frankreich und Belgien nicht aufgerollt werden soll. Die Ruhraktion sei lediglich „zur Erlangung von Reparationszahlungen“ unternommen worden. Natürlich sei die Sicherheitsfrage für Frankreich und Belgien von äußerster Wichtigkeit; aber die erste Bedingung der Sicherheit sei die Erlangung von Zahlungen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß diese Neußerung des „Temps“ das ist, als was wir sie bereits schon oben gekennzeichnet haben: Ein neuer Kniff, ein gewandtes Volteschlagen des unfairen Spielers, ein Bluff, um Verwirrung anzurichten. Allzu laut, allzu ehrlich und allzu zahlreich waren die Stimmen, die von einer Zurücksetzung der Sicherheitsfrage hinter die Zahlungsfrage nichts wissen wollten. Immer noch bleibt in Geltung Poincarés Wort vom Juli 1922: „Wir wollen keine Zahlung, das Ziel ist die dauernde Besetzung des linken Rheinufers.“ Darüber kann auch das nachträgliche Dementiermanöver des „Temps“ nicht hinwegtäuschen, um so weniger, als noch verschiedene andere Fälle, bei denen derselbe Falschspielerkniff angewendet wurde, in allzu scharfer Erinnerung sind.

Nur ein Beispiel: Ende November fand in Paris die bekannte Sitzung des französischen Ministeriums im Elisee statt, die zum erstenmale die Besetzung des Ruhrgebietes, die Verschärfung des Besatzungsdruckes im Rheinland und die Ausweisung der deutschen Beamten beschloß. Die französische Nachrichtenagentur „Radio“ verbreitete die Kunde von diesem Beschluß in alle Welt, die französische Presse kommentierte sie einstimmig in begeisterten Artikeln, alle Zeitungen der Welt brachten die Nachricht. Nach wenigen Tagen wurde sie offiziell von Havas dementiert. War damit aber der Beschluß wirklich hinfällig geworden, war damit schon gesagt, daß er überhaupt nicht gefaßt worden war. Die Entwicklung der letzten vier Monate hat das Gegenteil bewiesen. Die Franzosen besetzten das Ruhrgebiet, der Druck auf das Rheinland wurde verschärft, die deutschen Beamten wurden ausgewiesen. Alles, was der Elisee-Beschluß vorsah, alles was Havas hinterher dementierte, alles ist inzwischen buchstäblich eingetroffen.

Beispiele reden eine berechte Sprache und welches Beispiel könnte eindringlicher sprechen, als das angeführte? Ob Havas oder Temps, gleichgültig: Frankreich dementiert wieder! Wer ist ein solcher Narr, sich jetzt noch von ihm blaffen zu lassen?

## Die französische „Neurose“.

Im weiteren Verlauf des Interviews mit dem Vertreter des Ruhrbüros, über das wir kürzlich berichteten, antwortete Dr. Oswald Spengler noch u. a. auf verschiedene Fragen. Auf die Frage, ob er in der gegenwärtigen imperialistischen Politik Frankreichs bereits eine der in seinem großen Werke vorausgesehenen historisch bedingten Entwicklungen der europäischen Welt zu imperialistischen Systemen sehe, erwiderte Dr. Spengler: „Nein, denn Frankreich ist eine Macht, die keine gesunde Entwick-

lung hat, weil es Gefühle hat, die eine gesunde Macht niemals haben würde. Der heutige Zustand Frankreichs hat etwas von Fieber an sich. Ich kann mir nicht denken, daß man z. B. in England jemals in eine solche Neurose, wie sie Frankreich jetzt beherrscht, hineinkommen würde. Ich glaube nicht an einen Erfolg des französischen Imperialismus, weil Frankreich nicht in der Lage ist, große Fragen zu organisieren. Frankreich ist keine Kolonie schaffende Macht; es würde die Bevölkerung der vergrößerten Staaten ruinieren, um dann ein Gelände für kaufmännisch überlegende Wiederaufbauarbeiten anderer Kräfte zu schaffen, die es besser verstehen. Auf die Frage, was er von den von Frankreich jetzt angeblich verlangten Reparationsgarantien und von dem Vorschlag Lord Cecil's, das Rheinland zu internationalisieren, halte, erwiderte Dr. Spengler: Ich kann mir von einem Lande, das gar keine Garantien haben will, nicht vorstellen, daß es jemals einem Garantievertrag ernsthaft zustimmen wird. Frankreich will gar keine Garantien, sondern will nur ein ganz bestimmtes groß angelegtes Machtsprogramm durchführen. Das ist die bekannte Taktik Napoleons. Man fordert zunächst gewisse Garantien, um sich dann für unbefriedigt zu erklären, man fordert weitere Garantien und dann noch weitere und schließlich ist der gewünschte Kriegszustand da. Es gibt keine Garantien, die Frankreich zufriedenstellen könnten, weil hier nicht der Selbstschutz, sondern der Wille, eine europäische Großmacht aufzurichten, der leitende Faktor ist. Der Vorschlag Lord Cecil's, einen internationalen Rheinstaat unter Völkerbundskontrolle zu schaffen, würde gerade von französischer Seite mit Entrüstung abgelehnt werden, weil Frankreich sieht, daß England da unter Umständen einen Gürtel ziehen könnte, über den Frankreich nicht hinaus könnte. Was die Garantie der Sicherheit Frankreichs betrifft, so braucht man nur darauf hinzuweisen, daß Deutschland militärisch so vollständig entwaffnet wie kein Volk der Welt jemals gewesen ist. Jeder kleine Staat auf dem Balkan hat heute eine bessere Artillerie als wir. Militärisch kommen wir also garnicht in Betracht und finanziell haben wir das, was uns vom Nationalvermögen geblieben ist, ja noch einmal angepannt und haben seit dem Versailler Vertrag etwa 53 Milliarden Goldmark abgeführt, die verbraucht worden sind für französische militärische Zwecke und nicht für die Zwecke, die im Friedensvertrag festgelegt sind. Selbst wenn man Frankreich ein weiteres Angebot machen würde, so würde dies doch nur zu militärischen Zwecken verwendet werden. Jeder Vorschlag Deutschlands wird von Frankreich für ungenügend bezeichnet werden, weil es ja das Ganze will.“ Auf die Frage, wie er sich die Lösung des Ruhrkonfliktes denke, antwortete Dr. Spengler: „Ich glaube, daß die Vermüdung in Frankreich schneller als in Deutschland vor sich geht und daß Frankreich, um seine militärische Stellung nicht zu gefährden, insofern rechtzeitig ein Ende zu machen wünscht. Der deutsche Widerstand hat sich als sehr erfolgreich erwiesen und kann sehr lange durchgehalten werden. Ein Beispiel dafür ist die lange Aufrechterhaltung der deutschen Volkswirtschaft während des Krieges, die vor dem Krieg von den Sachverständigen kaum für möglich gehalten worden ist. Wenn es auf wirtschaftliche Fragen angekommen wäre, so hätte der Krieg noch jahrelang dauern können.“

## Ein englisch-französischer Verhandlungsführer.

50 Milliarden Zwangszahlungen — Ein rheinischer Bundesstaat. London, 5. April. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Die augenblicklich kritische Lage im Ruhrgebiet zwingt die ersten Kreise der politischen Welt in allen beteiligten Ländern, insbesondere in England und Frankreich, zu der Meinung, daß eine baldige Lösung für die Fragen: Reparationen und Sicherheit gefunden werden müsse, wenn eine europäische Krise vermieden werden solle. Die Bewegung zugunsten einer praktischen Lösung gewinnt in den amtlichen und den nichtamtlichen französischen Kreisen an Boden. Führende französische Staatsmänner und Militärs hätten das englische Interesse an der künftigen Sicherheit Frankreichs begrüßt. Französische Staatsmänner hätten insofern die in Betracht kommenden Fragen von einem weitergehenden Standpunkt aus betrachtet. Der Berichterstatter gibt die manchen französischen einflussreichen Kreisen, selbst der höchsten, herrschende Auffassung wieder:

### 1. Reparationen.

Die gesamte Entschädigung müsse jetzt auf eine verhältnismäßig bescheidene Summe herabgesetzt und der Hauptteil der Reparationszahlungen und Lieferungen zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete verwendet werden. Frankreichs ermäßigte Mindestforderung für diese Zwecke betrage 26 Milliarden Goldmark. Andererseits werde vorgeschlagen, daß die Schulden der Ententemächte an die Vereinigten Staaten auf Deutschland übertragen werden sollen. Dadurch könne die Forderung Großbritanniens an seine Alliierten in Höhe der britischen Schuld an die Vereinigten Staaten befriedigt werden. Dem Berichterstatter zufolge würde die gesamte Reparationszahlung auf Grund dieses Plans etwa 50 Milliarden betragen. Die deutschen Industriellen müßten wesentliche Garantien geben, während Berlin selbst die Notwendigkeit weitreichender internationaler Ueberwachung der Finanzen Deutschlands bereits zugegeben habe. Deutschland würde natürlich ein weitgehendes Moratorium erhalten.

### 2. Sicherheiten.

Es würde eine streckenweise, jedoch rasche militärische Räumung des Ruhrgebietes und anderer in der letzten Zeit auf dem rechten Rheinufer besetzten Gebiete durch Frankreich und Belgien stattfinden, vorausgesetzt, daß die deutschen Zahlungen und Lieferungen regelmäßig erfolgen. Außer der vom Versailler Vertrag festgesetzten neutralen Zone würden keinerlei Sonderregime errichtet werden. Das westliche Rheinland würde jedoch ein Bundesstaat werden in derselben Art wie die Republik Baden und Württemberg innerhalb des Deutschen Reiches. Der Zweck hierbei sei, die bisherige preussische Verwaltung zu beseitigen. Diese westliche Republik würde politisch, wirtschaftlich und administrativ ein Teil des Reiches bilden. Sie würde jedoch unter der Aufsicht des Völkerbundes entmilitarisiert werden. Keine deut-

schen Truppen dürften dort gehalten oder requiriert werden. Außerdem werde das Deutsche Reich noch einen Pakt mit den übrigen Mächten abschließen vorzugsweise in Gestalt einer regionalen Vereinbarung zur Anwendung des Art. 10 der Völkerbundsstatuten. Was das Saargebiet betreffe, so würde das natürliche Verfahren das sein, den geplanten westlichen Staat innerhalb des Deutschen Reiches zu assimilieren, zugleich jedoch werde für die sofortige Schaffung eines autonomen Saarstaates unter der Aufsicht des Völkerbundes eingetreten werden, statt zuzulassen, daß die Zukunft dieses Enklave durch eine Volksabstimmung nach dem Verlauf von 15 Jahren bestimmt werde.

Der Berichterstatter erklärt zum Schluß, daß die Einzelheiten eines solchen Planes eine ausgiebige Prüfung erforderten, daß jedoch seine Grundlage zu einer ernstlichen und wohlwollenden Erörterung geeignet sei.

## Berliner Urteile über den Londoner Vorschlag.

Berlin, 5. April. Die Abendblätter besprechen die Meldung des „Daily Telegraph“ über die Reparationserörterungen in London. Die Meldung wird auf Loucheur zurückgeführt. Man glaubt, daß sie dazu dienen soll, die öffentliche Meinung in England zugunsten der französischen Pläne zu beeinflussen. Die Blätter heben hervor, daß Deutschland sich niemals in einen Eingriff in seine Souveränität werden fügen können. Die französischen Pläne laufen letzten Endes auf eine verschleierter Annexion hinaus, die für jede deutsche Regierung undiskutabel sei. Es sei an Cuvos Erklärung zu erinnern, daß jede Diskussion über die Beendigung des Konfliktes von der Sicherheit der Räumung des Einbruchgebietes abhängig sei. Eine stufenweise Räumung des Ruhrgebietes nach den Vorschlägen des „Daily Telegraph“ stelle einen vollständigen ungewünschten Zeitpunkt für die Beendigung der Räumung auf. Gegenwärtig könne Deutschland nicht zahlen, es sei denn auf Grund einer Anleihe. Der Beginn einer Räumung sei also gegenwärtig keineswegs greifbar und andererseits würden die Franzosen nicht um Vorwand verlegen sein, um Deutschland neue Verfehlungen etwa bei der Holzlieferung zuzuschreiben, um so immer behaupten zu können, die Fristen hätten noch nicht zu laufen begonnen. Eine Verquickung territorialpolitischer Forderungen mit der Reparationsfrage kompliziere das Problem immer noch mehr. Die Einbeziehung der interalliierten Schulden in die deutschen Verpflichtungen zeige allerdings, daß man innerhalb gewisser Entente-Kreise auf eine gemeinsame Plattform zu gelangen sucht.

## Longuets Ruhrbilanz.

Paris, 3. April. Jean Longuet, der frühere sozialistische Deputierte, zieht heute die Bilanz der Ruhr-Okkupation. Diese Bilanz sei niederschmetternd, sowohl wirtschaftlich wie moralisch. Das Unternehmen sei ein völliger Mißerfolg. Longuet erinnert an die z. T. bekannnten statistischen Tatsachen. „Frankreich“, so schreibt er, „das nach dem Friedensvertrag auf 465 000 Tonnen Koks Anrecht hatte, hat in den vergangenen Monaten nur 77 Prozent, d. h. 360 000 Tonnen erhalten. Die Folgen der Besetzung begannen gegen den 20. Januar hin fühlbar zu werden. Der Eingang für diesen Monat belief sich auf 196 000 Tonnen, d. h. 42 Prozent. In dieser Zahl sind die vor der Besetzung ergangenen Kohlentransporte einbegriffen. Im Februar aber als die Folgen der Okkupation im ganzen Umfang auszuwirken begannen, wurde ein Monatsergebnis von 16 000 Tonnen, d. h. 6 Prozent erzielt. Ganz ähnlich verhält es sich mit der Kohle. Von einer uns zustehenden Million Tonnen erhielten wir im Dezember 800 000 d. h. 74 Prozent, im Januar 480 000 und im Februar 6 Prozent d. h. 70 000 Tonnen. Es ist nicht weiter verwunderlich, so fährt Longuet fort, daß die industrielle Krise unseres Landes sich täglich mehr verschärft und ein Hochfen nach dem anderen in Lothringen ausgeht. Leider sei jedoch das moralische Ergebnis der Ruhr-Okkupation noch betrüblicher als das wirtschaftliche. Seit 1914 ist auf den Frieden von Europa und auf das Leben unserer Kinder kein so verderblicher Angriff unternommen worden. Dieser mitten im Frieden und unter offenkundiger Mißachtung des Versailler Vertrages begangene Einbruch in deutsches Reichsgebiet ist unter dem Vorwand geschahen, daß Deutschland 35 Prozent der Frankreich zustehenden Kohlen zu wenig geliefert habe so heißt es weiter hat in Deutschland einen Haß von solcher Heftigkeit gegen uns erzeugt, daß man sich nur schwerlich ein Bild davon machen kann. Niemals ist die Kriegsgefahr mehr provoziert worden, als durch unseren Einmarsch. Die amerikanische und die englische Presse bringt seitenslange Meldungen über Dinge, die jedem rechtlich denkenden Franzosen die Schamröte ins Gesicht steigen lassen. Angesichts dieser bejammernswerten Lage und zu dieser Stunde, wo Haß und Dummheit nationalistischer Parteien herrschen ist ein Trost, die Sozialdemokratie die Initiative ergreifen zu sehen.“

## Japanische Stimmen zur Ruhrfrage.

Tokio, 4. April. Die japanische Liga für den Völkerbundsgedanken hat zur Ruhrfrage nachstehende Entschlieung an 60 Schwesterligen der verschiedenen Staaten gefaßt: Die Frage der Reparation und der Ruhrbesetzung stört nicht nur den Frieden zwischen Frankreich und Deutschland, sondern auch von ganz Europa ja sogar den der Welt. Die Regierungen und Völker der verschiedenen Staaten sehen daher die möglichst baldige Lösung dieser Frage herbei. In diesem Zusammenhange wünscht die japanische Liga, daß der Völkerbundsrat schnellig diese Frage, und zwar insbesondere die der Zahlungsfähigkeit und der Zahlungsmodulität Deutschlands prüfe, und nach Befragung eines internationalen Sachverständigen-Ausschusses einschließlich der amerikanischen Sachverständigen einen Bericht erstatte. Die japanische Liga ist überzeugt, daß die Liga aller Staaten zusammenwirken müssen, um dieses Ziel zu erreichen.



Es wäre daher wünschenswert, daß Ihre Liga in diesem Sinne an die Regierung Ihres Staates und an den Völkerbund Anträge richtet. Die japanische Liga hat sich in demselben Sinne bereits direkt an die japanische Regierung und den Völkerbundsrat mit entsprechenden Anträgen gewandt.

Der Völkerbund soll helfen!

London, 4. April. Die „Times“ meldet aus Newyork: Lord Robert Cecil hielt am Montag im Verein für auswärtige Politik seine erste Rede über den Völkerbund. Unter den Anwesenden befand sich auch die Gemahlin des früheren Präsidenten Wilson. Cecil erklärte in seiner Rede, die Hauptsache sei, daß die internationale Furcht und das internationale Mißtrauen beseitigt würden, die eine Gefahr für den Frieden bildeten. Die Abrüstung könne nur dann mit Erfolg durchgeführt werden, wenn sie allgemein sei und wenn alle Nationen bereit seien, ihre Nachbarn gegen eventuelle Angriffe zu schützen. Ohne diese Zusicherungen würden z. B. Frankreich und Deutschland stets Mißtrauen gegeneinander hegen. Wenn keine Sicherheit vorhanden sei, könnten weder Frankreich noch Deutschland getadelt werden, daß sie Argwohn oder Furcht empfänden. Eine wesentliche Bedingung zur Wahrung des Friedens zwischen traditionell gegeneinander argwöhnischen Völkern würde eine entmilitarisierte Zone unter internationaler Autorität sein. Die Abrüstung könne gleichfalls am besten unter der Aufsicht einer internationalen Autorität, wie sie der Völkerbund sei, erfolgen. Nach Schluß seiner zweistündigen Rede wurde Cecil von englischen Journalisten gefragt, warum er im Unterhause gegen den Vorschlag gestimmt habe, der die Ueberweisung der Ruhrfrage an den Völkerbund zum Ziele habe. Cecil erwiderte, daß er nicht dabei mithelfen könne, das Unterhaus zu einer internationalen exekutiven Gewalt zu machen.

Die deutsche Einspruchnote.

Berlin, 4. April. In der deutschen Einspruchnote heißt es u. a.: Die Besonnenheit und Geduld, mit der die Bevölkerung des Ruhrgebiets lange Wochen hindurch alle Arten von Gewaltakten der Einbruchstruppen ertragen hat, haben es nicht verhindert, daß französische Soldaten an dieser Bevölkerung jetzt ein Verbrechen verübt haben, das alle bisherigen Untaten in den Schatten stellt. Am 31. März hat ein in die Kruppischen Werke in Essen eingedrungenes französisches Kommando — ohne angegriffen oder auch nur bedroht zu werden — eine Menge friedlich demonstrierender Arbeiter hineingeschossen und ein entsetzliches Blutbad angerichtet. 13 Arbeiter sind getötet, mehr als 30 sind verwundet worden. Die Verwundungen sind zum Teil so schwer, daß weitere Todesfälle zu befürchten sind. Der Verlauf der Ereignisse ist von den deutschen Behörden festgestellt worden. Vergeblich wird von französischer Seite versucht, den Tatbestand zu fälschen und so über das schwere Verbrechen der Befehlstruppen einen Schleier zu werfen. Sofort nach dem Vorfall hat die Havasagentur Meldungen zu verbreiten versucht, wonach die Arbeiter das französische Kommando mit Revolvern begrüßt, mit Steinen beworfen und mit heißen Dämpfen angegriffen hätten. Die Agentur fügt hinzu, das ganze Ansehen sei von entlassenen Beamten der Schutzpolizei verläßt worden, die man zu diesem Zweck in die Betriebe eingestellt habe. Die vernommenen Augenzeugen bekunden übereinstimmend, daß keiner der Arbeiter einen Revolver hatte und daß sich die Menge trotz ihrer begreiflichen Erregung zu keiner Tätlichkeit oder Drohung hat hinreißen lassen. Die Havasagentur selbst muß zugeben, daß die Soldaten nicht die geringste Verletzung erlitten haben. Ihrer Mitteilung über einen angeblichen Angriff mit heißen Dämpfen liegt nichts anderes zu Grunde, als die Tatsache, daß hinter der besetzten Halle eine Schmalspurlokomotive stand, deren Abdämpfe in das Fenster der Halle eindrangen. Die Unterstellung, der Vorfall sei auf Veranlassung der Werksleitung von früheren Beamten der Schutzpolizei veranlaßt worden, ist zu plump, als daß sie einer Widerlegung bedarf. An dem Versuch, die Schuld an dem Vorfall den Direktoren der Werke zuzuschreiben, will sich anscheinend auch der französische Befehlshaber in Essen beteiligen; er hat am Tage nach dem Vorfall drei Mitglieder des Direktoriums und einen Abteilungsleiter verhaftet und in das Zuchthaus von Werden abführen lassen. Dieses neue Unrecht, das schuldlose Männer der Freiheit beraubt und zugleich das größte Unternehmen des Ruhrgebiets der Führung beraubt, kann den wahren Sachverhalt nicht verdunkeln. In Wahrheit ist von deutscher Seite nichts anderes geschehen, als daß die Arbeiterschaft auch in diesem Fall gegenüber einem rechtswidrigen Einbruch in ihre Produktions-

stätte den Beschluß bekundet hat, nicht unter französischen Bajonetten zu arbeiten. Dieser Entschluß ist übrigens wie die ruhige Art, in der er bekundet wurde, den französischen Truppen aus ihren früheren Erfahrungen im Ruhrgebiet genau bekannt, sodaß er ihnen nicht den geringsten Anlaß zu mörderischem Vorgehen bieten konnte.

Die Verantwortung für die unheilvolle Tat fällt aber nicht allein auf die französischen Truppen, sondern auch auf die französische Regierung selbst. In zahlreichen deutschen Protesten ist ihr das gewalttätige Vorgehen der Truppen im Ruhrgebiet immer wieder vor Augen geführt worden. Die Proteste sind unbeantwortet geblieben und ist nichts davon bekannt geworden, daß sie zu einem Einschreiten gegen die Schuldigen Anlaß gegeben hätten. So ist es nur zu verständlich, daß die Vergewaltigung der Bevölkerung von Woche zu Woche größere Formen angenommen hat und daß die französischen Soldaten es nun auch fertig bringen, durch die skrupellose Befehlshaber einer wehrlosen und freien Menge zahlreicher Menschenleben zu vernichten. Die deutsche Regierung erhebt feierlichen Protest gegen die ferozische Bluttat. Sie fordert für die Opfer und ihre Angehörigen volle Genugtuung und verlangt, daß die zur Beendigung der französischen Schuld verhafteten Personen sofort wieder in Freiheit gesetzt werden.

Ein Aufruf der deutschen Gewerkschaften.

Berlin, 4. April. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Osa-Bund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellter- und Beamtenverbände erlassen folgenden Aufruf:

„An die Arbeiter der Welt! — Der völkerrechtswidrige Einbruch des französischen Militarismus ins Ruhrgebiet mitten im Frieden forderte neue blutige Opfer. Gestützt auf das unveräußerliche Recht, die Freiheit ihrer Arbeit zu verteidigen, und aus freiem Entschluß, unbeflügelt von der Werksleitung oder der Regierung, demonstrierten unbewaffnete Arbeiter auf den Grupp-Works in Essen gegen die Besetzung der Werke durch die Franzosen. Die Antwort darauf waren dreizehn Tote und eine weit größere Zahl von Verwundeten. Alle Gewalt des Krieges leben wieder auf, nur zügellos noch und häßlicher, des letzten Scheins von Recht entkleidet. Was will der französische Militarismus im Ruhrgebiet? Angeblich Reparationen und produktive Pfänder! Wieder und wieder bekundeten das deutsche Volk und seine berufenen Vertreter, insbesondere auch die deutschen Gewerkschaften, die Bereitwilligkeit zur Reparation im Rahmen der Leistungsfähigkeit durch Wort und Tat. Deutsche Vorschläge lagen in London und Paris vor und hätten bei allseitigem guten Willen zur Verhandlungsgrundlage werden können. Was geschieht statt dessen? Brutale Waffengewalt besetzte die deutschen Arbeitsstätten und trat an die Stelle der deutschen Verwaltung. Tausende von Beamten und Organen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit wurden verhaftet, mißhandelt und ausgewiesen. Verkehrsmittel, Kohle, Geld, Arbeitslöhne und Unterstüßungen der Erwerbslosen wurden wahllos beschlagnahmt; täglich werden neue Tausende von deutschen Arbeitern und Angestellten erwerbslos; ungezählte auch von ihnen wurden eingekerkert und mit Frau und Kindern aus den Wohnungen gejagt, andere ohne jeden Anlaß getötet oder verwundet. Das Maßaker von Essen stellt den neuesten, furchtbaren, aber keineswegs einzigen Fall der Hinrichtung unbewaffneter Arbeiter durch den französischen Militarismus dar. Die Freiheit der Arbeit, die Achtung des Arbeiters als vollwertigen, für sich selbst verantwortlichen und aus freiem Willen handelnden Menschen — sie wird im Ruhrgebiet und im besetzten Deutschland durch die militärische Diktatur mißachtet und unterdrückt! Das französische Volk verkündete vor über hundert Jahren die Menschen- und Bürgerrechte; die heutigen Gewalttäter Frankreichs wollen die freie Arbeit in Sklaverei verwandeln! Die kostbare Errungenschaft jahrhundertlanger, sozialer Kämpfe, die Vorbedingung jeder wahren Kultur, ist in Gefahr! Arbeiter der Welt, öffnet Augen und Ohren! Diese Gefahr besteht nicht für die deutschen Arbeiter allein. Sie droht Euch allen, wenn die Gewalt über das Recht triumphiert! Arbeiter der Welt, seid gewarnt und schützt Freiheit und Arbeit, ehe es zu spät ist!“

Mitglieder des Kruppischen Betriebsrats bei Dr. Cuno.

Berlin, 5. April. Der Reichskanzler ist von seiner Erkrankung gänzlich wiederhergestellt und hat heute die Geschäfte in vollem Umfange übernommen. Die Mitglieder des Betriebsrates der Firma Krupp sind heute in Berlin eingetroffen und

haben am Nachmittag dem Reichskanzler eine Darstellung der Vorgänge in Essen am Donnerstag gegeben.

Französische Unternehmungen.

Paris, 2. April. In Marseille tagte gestern der 7. Kongreß des Verbandes der französischen Kriegsbeschädigtenvereinigungen. In der 3. Kommission kam es heute, wie Havas berichtet, zu einer Aussprache über die Ruhrbesetzung im Anschluß an die Verlesung eines Schreibens von deutschen Kriegsbeschädigten vom 19. Februar. In diesem Brief, dessen Veröffentlichung nicht beschlossen wurde, stellen die deutschen Unterzeichner fest, daß die deutsche Republik den unwiderleglichen Beweis ihres Reparationswillens (Schlichtungen) erbracht habe. Sie appellieren an die französischen Kriegsbeschädigten, gegen die Ruhrbesetzung bei der französischen Regierung zu protestieren, damit das durch die Ruhrbesetzung begangene Unrecht wieder gutgemacht werde. Die Vertreter des Dep. Deur-Seyres brachten darauf einen Antrag ein, in dem die Regierung aufgefordert wird, die Vermittlung des Völkerbundes in der Entschädigungsfrage sich nicht zu widersetzen, wenn diese Vermittlung von einer der beteiligten Parteien verlangt werde. Nach kurzer Verhandlung wurde dieser Antrag abgelehnt und folgende Tagesordnung angenommen: Angesichts des Friedenswillens der Kriegsopter und der unbedingten Notwendigkeit, einen auf der Entschädigungsberechtigung Frankreichs aufgebauten Frieden herzustellen, lehnt der Ausschuß es ab, von der Regierung eine bestimmte Art des Vorgehens zu verlangen, fordert sie aber auf, alle imperialistischen und annexionspolitischen Bestrebungen zurückzustellen und sich jeder friedlichen und durchgreifenden Lösung des Konflikts geneigt zu zeigen.

Deutsch-englische Verständigung.

Die deutsch-britischen Verhandlungen über die Benutzung der Eisenbahn in der englischen Zone für die französischen und belgischen Truppentransporte aus Anlaß der Ruhraktion haben nunmehr zu einem Ergebnis geführt. Danach wird auf der rheinischen Strecke Brühl-Klerberg-Köln-Bonnungen ein militärischer Nach- und Abzugsverkehr in einem Rahmen zugelassen, der ungefähr dem Durchschnitt des Verkehrs entspricht, wie er vor der Ruhraktion durchgeführt worden ist. Darüber hinaus sind täglich zwei reine Personenzüge und eine Kurswagengruppe bis zu drei Personenzügen und einem Packwagen zugelassen. Diese Kurswagengruppe von und nach der französischen Zone sollen auf der bezeichneten rheinischen Strecke täglich fünfmal in jeder Richtung Anschluß an die deutschen Personenzüge haben und lediglich dem gewöhnlichen Militärpersonenverkehr dienen, der bisher in den reservierten Abteilungen vorgenommen wurde und die dafür in diesen Zügen in Wegfall kommen.

Frankeis Kriegsvotiv.

Die französische Anleihe von 400 Millionen Franken, die es Polen gewährt, hat empörte Kommentare im amerikanischen Senat hervorgerufen. Man fragt, warum der einstige Alliierte imstande sein soll, in Polen eine Kriegsbewegung zu finanzieren und nicht imstande ist, seinen Verpflichtungen den Vereinigten Staaten gegenüber nachzukommen. Es sei diese Anleihe ein weiterer Beweis des militärischen Ehrgeizes in Europa. Sie sei ein Teil des gegen Deutschland angewandten Drucksystems. Die Tatsache, daß tatsächlich Krieg als „bestimmte Möglichkeit“ angesehen wurde, bewiese diese Anleihe an Polen, die nur als Kriegsmassnahme angesehen werden könne. Frankreich bewaffne Polen, weil es einen Krieg an zwei Fronten vorbereite. Das bestätige Poincares ominöse Bemerkung: „Wir leihen dieses Geld einem Freunde in der Not. Dies ist die einzige Erklärung, die ich gebe, und sie ist nicht so schlammig, als andere, die ich geben könnte“. Warum ist Polen in Not? Warum mußte eine Anleihe gemacht werden in einem Augenblick, da Frankreich selbst bis zum Zusammenbrechen überlastet ist? Es gäbe nur die eine Erklärung, daß Frankreich und Polen militärische Verbündete wären, die im Falle eines Krieges sich gegenseitig verpflichtet hätten. Was Staatsmänner augenblicklich sagten, offenbare weniger als das, was sie täten.

Ein französisch-jugoslawischer Militärbund.

Rom, 4. April. Aus Belgrad berichtet Giornale di Roma, daß die Gewährung einer französischen Anleihe von 300 Mill. Francs für die Reorganisation des jugoslawischen Heeres bevorstehe. Die Anleihe soll mit einer französisch-jugoslawischen Militärkonvention verbunden sein, deren Defensivcharakter jedoch betont wird. Das Blatt meldet weiter: Mussolini habe den jugoslawischen Ministerpräsidenten Pafitsch eingeladen, zwecks Rücksprache über die schwebenden politischen Fragen nach Rom zu kommen. Eine gleiche Einladung sei an Dr. Benesch ergangen und beide hätten die Einladung angenommen. Während des Osteraufenthalts Mussolinis in Mailand wurde dort vereinbart, im Jahre 1923 eine Weltausstellung in Mailand zu veranstalten.

Die Angst der Franzosen vor deutschen Fliegern.

Poincare und der Unterstaatssekretär für die Luftfahrt, Cynac, haben dieser Tage eine Abordnung unter Führung des Direktors des „Echo de Paris“ empfangen, die die Regierung zu Schritten zwecks Beschlagnahme der deutschen Luftfahrzeuge als Pfand

Schicksalswende.

Roman von A. Klinger.

6) Nachdruck verboten. Die einfachsten Mahlzeiten sind so überaus köstlich, und wie freut man sich auf die Sonntage, wo der Festbraten auf den Tisch kommt, und auf die Ueberraschungen, die Christine ja so oft für uns in Bereitschaft hat, ein abgeriebener Napfkuchen, eine köstliche Speise, ein delikates Fischgericht! — Sie sprechen von Tyrannie, Herr Franz, ich finde daß Ihr Heim es wie selten ein Mensch versteht, Frohsinn und Glück um sich zu verbreiten! Franz erhob sich, „Sie leiden entschieden an Geschmacksverwirrung, Verehrteste, brechen wir das unerquickliche Thema ab!“ Mit kurzem Gruß verabschiedete er sich und ging hinaus aus dem Garten, um den Rest des Abends im Klub zu verbringen. 4. Kapitel. Herr Harnisch kannte den Lieblingsplatz seiner Tochter die Bank mit der duftigen Rückwand von grünem Buschwerk. Dort hoffte er Almida und Hubert zu finden. Aber er ließ sich Zeit, Er schleuderte langsam. Auch er dachte heute an sein Vermögen, und daran, wie es von Jahr zu Jahr wuchs. Das war nur natürlich bei dem eingezogenen Leben, welches er mit seiner Familie führte. Herr Harnisch haßte das unnütze Geldausgeben. Sein Reichthum war ihm ungefähr, was der Hausfrau ihre Leinwandstücke sind; sie ist stolz auf dieselben, geht aber sparsam mit ihnen um. Herr Harnisch war kein Pfennigfuchser im gewöhnlichen Sinne. Aber er achtete den Pfennig. Der einfache Zuschnitt seines Lebens entsprach seiner Veranlagung. Alles, was an Luxus gemahnte, war ihm lästig. In diesem Sinne hatte er seine Tochter und seinen Neffen erzogen. Doch war er, wo es sich um zu erfüllende Wünsche der beiden handelte, durchaus kein Knäuser. Im Gegenteil war, was er ihnen an Geschenken gab, immer das Beste und von hohem Wert.

Seine zärtliche Fürsorge gehörte natürlich Almida. Sie sollte bei ihrer Verheiratung eine fürstliche Ausstattung erhalten. Für sie war ihm kein Gegenstand zu kostbar, keine Summe hoch genug. In seinen Musestunden hatte er einen eingehenden Plan von dem zukünftigen Haushalt seines Liebblings entworfen, eine reizende Lichtzimmervorrichtung mit einer modernen Vorrichtung, bis ins kleinste bedachten Einrichtung. Er, der nüchterne Geschäftsmann, hatte Stunden, wo er sich in dieses Zukunftsheim hineinträumte, wo er durch trauere, von rosig verschleiertem Licht erhellte Räume schritt, helle Kinderstimmen hörte und Almida als junge Frau und Mutter vor sich sah. Vergeblich, daß er sich vornehm schalt, sich sagte, daß ein solches Gedankenpiel mit Schicksalswendungen sich fast immer räche. Die Vorstellung, Almida als junge, reizende Hausfrau vor sich zu sehen, war zu verlockend. Immer häufiger versel er in dieses träumerische Grübeln, das Almidas Zukunft von den Rosen der Liebe und eines wolkenlosen Glückes umrankt sah. Und nun vernahm er halblautes, glückliches Lachen, flüsternde Stimmen, glückstrahlende, deutlich zu verstehende Worte. „Du mein süßes, geliebtes Mädchen, bald mein Weib, mein Alles!“ Herr Harnisch erschrock furchtbar. Sein Herz krampfte sich in stechendem Schmerz zusammen. Nun kam es ihm doch unerwartet, was er so heiß ersehnt hatte. Nun traf es ihn wie ein Schlag. Almida und Hubert hatten sich gefunden, hatten sich ihre Liebe gestanden. Endlich, endlich! Das erste Erschrecken war überwunden. Nun zog innigste Freude auch in sein Herz. Er trat vor. Ein wenig bleicher noch als gewöhnlich, doch mit leuchtenden Augen streckte er den Liebenden beide Hände entgegen. Almida löste sich verschämt, doch mit einem Jubellaut aus den sie umschlingenden Armen, dann barg sie den Kopf an der Brust ihres Vaters.

„Ich bin so namenlos glücklich, Väterchen, Hubert und ich, wir haben uns so lieb, mehr, als es mit Worten zu sagen ist.“ Hubert Wengdorf kam heran, umarmte den älteren Freund und drückte ihm die Hand. „Ich will Almida zur glücklichsten Frau machen. Nie soll sie es bereuen, ihr liebes, geliebtes Leben mir anvertraut zu haben!“ Herr Harnisch küßte seinen zukünftigen Schwiegersohn. „Wir wollen einander „Du“ sagen, Hubert. Ich habe Dich lieb gewonnen wie einen Sohn, seitdem Du in meinem Hause verkehrst. Ich vertraue Dir von Herzen mein einziges Kind an. Werdet glücklich, Gott segne eure Liebe!“ Das Brautpaar küßte sich und dann gingen sie alle drei zur Villa zurück. Es war noch so hell, daß einer die Züge des anderen unterscheiden konnte. „Hast du deinen Eltern mitgeteilt, daß Du Almida liebst, Hubert, wissen sie daß Du Dich verloben willst?“ fragte Herr Harnisch. Der Angeredete sah überrascht auf. „Ich mußte doch erst Almidas Gegenliebe sicher sein, lieber Vater!“ Der ältere Herr nickte. „So möchtest Du Deine Eltern Deine Heimkehr, ohne daß ein besonderer Grund vorliegt?“ Hubert schwieg betreten. Auch ihm erschien dieses Gebot zur plötzlichen Heimkehr seltsam. „Mein Vater ist eine herbe, verschlossene Natur, es kommt ihm nicht in den Sinn, seiner Familie gegenüber seine Handlungsweise zu motivieren.“ „Almida hatte erstaunt zugehört. „Ihr sprecht so seltsam! Gerade in dieser Stunde. Das finde ich gar nicht hübsch von Euch beiden. Huberts Eltern werden glücklich sein, ein Töchterchen zu bekommen. Oder ist es anders?“ Huberts dunkle Augen leuchteten. „Mein Mütterchen wird Dich verhätscheln, wird kaum die Zeit erwarten können, Dich zu sehen und ans Herz zu drücken. Mit meinem Vater wirst Du Geduld haben müssen, Lieblich. Und wenn er sich rauh und streng gibt, darfst Du es ihm nicht anrechnen. Sein Wesen ist so. Er denkt nicht daran, sich zu ändern.“



zu veranlassen wünschte und zu diesem Zwecke eine Eingabe mit zahlreichen Unterschriften vorlegte. Der der Abordnung angehörnde Abg. und frühere Fliegeroffizier Fonk erklärte bei dieser Gelegenheit, die Deutschen betrieben im Ausland, namentlich in der Schweiz und in Holland, das Studium von Flugzeugtypen für die Kriegführung. Sobald das Signal für die Mobilmachung gegeben würde, sollten diese Typen in ungeheuren Serien in jenen deutschen Werkstätten gebaut werden, die zurzeit Zivilflugzeuge fabrizieren. Die letzteren würden dann ebenfalls sofort für militärische Zwecke verwendbar gemacht werden. Man habe es mit einer unmittelbaren „ungeheuren Gefahr“ zu tun. Ein Mitarbeiter des „Echo de Paris“, der Urheber der ganzen Hege, verlangte die Verlängerung oder besser gesagt die Erneuerung der provisorischen Bestimmungen des Londoner Ultimatus, das Flugzeug- und Luftschiffbauten in Deutschland bis zum Mal 1922 in aller Form unterlag habe. Halbamtlich wird zu dieser Meldung mit gutem Grunde bemerkt: Man erkennt an der Art und Weise, wie stückweise von den verschiedenen Blättern über die Unterredung des Verteidigungsausschusses mit dem Ministerpräsidenten berichtet wird, daß es sich um eine neue Offenbarung handelt, die noch weit größere Annehmlichkeiten dürfte.

**Die bolschewistische Christenverfolgung.**

Die Poln. Tel.-Ag. meldet aus Moskau, daß der von den Bolschewisten zum Tod verurteilte Prälat Budkewitsch am 31. März durch Erschießen hingerichtet wurde. Der römisch-kathol. Erzbischof Jępielak ist bekanntlich zu 10jähriger Freiheitsstrafe verurteilt worden. Die zahlreichen Einsprüche ausländischer Regierungen haben noch zu einigen diplomatischen Nachspielen geführt, die für die bolschewistische Psychologie kennzeichnend sind. Dem britischen Vertreter in Moskau wurde eine Antwort überreicht, die dieser zurückgeschickt hat mit der Erklärung, daß er nicht in der Lage sei, die Note in ihrer gegenwärtigen Form anzunehmen, da sie die Aufrichtigkeit des Schrittes der britischen Regierung anzeige und zur Unterstützung ihrer Beschuldigung belanglose Neuäußerungen eines unbekanntem irischen Revolutionärs anführe. Noch größer sind die Moskauer Herren mit dem polnischen Nachbarn verfahren. Der russische Gesandte in Warschau wurde beauftragt, der polnischen Regierung eine Note zu übermitteln, der Versuch, sich in die Rechtsprechung gegen Verbrecher einzumischen, die nach den Gesetzen ihres Landes verurteilt worden seien, ebenso wie die gegen Rußland ausgesprochenen Drohungen und Beleidigungen stellen einen feindseligen Akt dar. Die Note lehne mit Empörung die unerhörte Annahme ab, die u. a. darin bestehe, in Rußland die Rolle eines Protektors bei russischen Bürgern polnischer Abstammung spielen zu wollen. Die Sowjetregierung macht die polnische Regierung für die Folgen ihrer Handlungsweise verantwortlich, die in der Geschichte der internationalen Beziehungen beispiellos dastehen. — Wascheite alte Vorenzprache!

**Aus dem besetzten Gebiet.**

**Die unerträglichste Haltung der Eisenbahner.**

Frankfurt, 3. April. Nach allen hier aus den Reichsbahndirektionsbezirken Frankfurt, Ludwigshafen, Mainz, Trier und Karlsruhe eingelaufenen Meldungen haben die Eisenbahner den Befehl des franz. Generals Degoutte, die Arbeit unter französischer Regie bis zum 3. April früh 8 Uhr aufzunehmen, eiumütig abgelehnt. Von Gegenmaßnahmen der Franzosen ist bisher nichts bekannt geworden.

**Befehle der Großbanken in Bochum.**

Köln, 5. April. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Wallraf ist von den Franzosen aus seinem Wohnort Bonn ausgewiesen worden. Dr. Wallraf war 1917 Oberbürgermeister von Köln und wurde im August 1917 zur Leitung des Staatsministeriums des Innern nach Berlin berufen, welches Amt er bis April 1918 inne hatte. In Bochum haben heute nachmittag die Franzosen sämtliche Großbanken militärisch besetzt und abgesperrt.

**Massenausweisung von Eisenbahnern.**

Köln, 4. April. In der französisch-belgischen Zone des abgesetzten Gebietes wird ein Befehl des Generals Degoutte bekannt gegeben, in dem dieser unter Hinweis auf Verordnung 149 und die Bekanntmachung der Regie verordnet, daß die Eisenbahnbeamten und Arbeiter ihre Arbeiten sofort wieder aufzunehmen hätten. Der Befehl sagt weiter wörtlich: „Alle diejenigen, welche diesem Befehl nicht Folge leisten, werden ohne weiteres entlassen und können durch die Rheinlandkommission ausgewiesen werden.“ Offenbar stehen die Massenausweisungen von Eisenbahnern, die in den letzten Tagen aus einer Reihe von rheinischen Orten, so aus Kall, Bedburg, Jülich, Liblar, Crefeld, Düren usw., gemeldet werden, in Zusammenhang mit der Durchführung dieses Befehls. Man versucht, die deutschen Eisenbahner durch Terror einzuschüchtern. In Lünen mußten sogar 60 Familien auf einen Schlag ihre Wohnungen verlassen. Aus Aachen wird berichtet, daß man hofft, hierdurch 10 bis 20 Prozent unserer Bediensteten müde zu machen. Da die eigene französisch-belgische Regie sich auf die Dauer nur aufrecht erhalten kann, wenn Einnahmen erschlossen werden, so will man mit allen Mitteln den Verkehr in Gang bringen. Hierzu aber bedarf man der deutschen Eisenbahner. Bisher ist noch von keiner Seite mitgeteilt worden, daß die deutschen Beamten sich gefügt hätten, und nach der Stimmung, die in Eisenbahnerkreisen herrscht, ist das auch für die Zukunft nicht zu erwarten. Auch alle Maßnahmen, die Auszahlung der Gehälter an die Eisenbahnbeamten und Arbeiter zu verhindern, sind bisher vergeblich gewesen.

**Aus dem Offenburger Gebiet.**

**An den Pranger.**

Aus Offenburg wird mitgeteilt: Der verheiratete Küfer und Tagelöhner Gottlieb Ullmer, wohnhaft in Offenburg, Kaserne, Bau 14, wurde vor einiger Zeit vom französischen Polizeigericht wegen Diebstahls mit einem Jahr Gefängnis bestraft. Ullmer versprach der französischen Behörde, in ihre Dienste zu treten, worauf er auf freien Fuß gesetzt wurde. Er arbeitet jetzt bei den Franzosen und ist mit Kohlenladen beschäftigt. Die Meldung wirkt im ersten Augenblick auf Menschen mit normalem moralischem Empfinden überraschend und befremdend. Bei genauerer Ueberlegung und bei Berücksichtigung der Erfahrungen der letzten Zeit muß man aber doch zugeben, daß die Franzosen nur ihrer Denkungsweise entsprechend gehandelt haben. Das Urteil des Polizeigerichts hat ihnen gezeigt, daß der Verurteilte würdig und berufen ist, in den Dienst Frankreichs zu treten. Gerade die Beurteilung wegen Diebstahls befähigt ihn in ganz besonderer Maße, bei der Beschaffung der der Reichseisenbahn gehörenden Dienstkohlen im Auftrag Frankreichs mitzuwirken.

In dem von den Franzosen besetzten Dienstgebäude des Bezirksamts Offenburgs sieht es übel aus. Abgesehen von der unglaublichen Unordnung und dem Schmutz, die hier zu finden sind, werden Akten entwendet, Türen und Aktenkästen erbrochen, Schränke aufgerissen und alles wird durchwühlt. Die französische Soldateska scheint sich hier wie mitten im Krieg zu fühlen. Den Zeitungen ist verboten worden, Bekanntmachungen des ausgewiesenen Oberamtmannes zu veröffentlichen.

**Ein Meisterwerk der Verlogenheit.**

London, 4. April. Der Essener Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt zu den blutigen Vorgängen in den Kruppwerken, die französische Darstellung sei ein Meisterwerk naiver Verlogenheit, mit dem der Versuch gemacht werde, vollkommen falschen Eindruck zu erwecken, daß die Arbeiter vorzüglich gegen die Franzosen aufgestachelt wurden und daß die Sympathie ein vorher vereinbartes Zeichen zum Angriff gaben. Der Bericht, daß ein Deutscher die Franzosen mit dem Revolver bedrohte, sei unwahr, ebenso der Bericht, daß Mitglieder der vormaligen grünen Polizei bei Krupp gewesen wären, die die Arbeiter zu Gewalttätigkeiten aufreizten. Der Berichterstatter fährt fort, es scheine nicht, daß die Franzosen auch nur ein Wort des Bedauerns für das Geschehene ausdrückten.

**Soll und Haben der deutschen Wirtschaft.**

Berlin, 4. April. Unter dem Titel „Deutschlands Wirtschaftslieben unter den Nachwirkungen des Weltkrieges“ wird vom Statistischen Reichsamte eine Materialzusammenstellung veröffentlicht, die berufen ist, den zahllosen falschen und halbrichtigen Urteilen über die deutsche Wirtschaftskraft und die ökonomische Leistungsfähigkeit im In- und namentlich aber im Auslande den Boden zu entziehen. In dem ersten Abschnitt wird ausgeführt, was Deutschland bisher aufgrund des Waffenstillstandsvertrages und des Vertrages von Versailles geleistet hat. Es wird mit unüberleglichem Zahlenmaterial dargetan, wie ungeheuerlich groß die Passivseite der deutschen Volkswirtschaft heute ist und welche in ihren letzten Folgen noch gar nicht absehbaren Amputationen wir uns haben gefallen lassen müssen, kurzum, wie himmelweit das heutige Deutschland in seinen wirtschaftlichen Grundlagen von dem Vorkriegsdeutschland verschieden ist. Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit den Wirkungen dieser wirtschaftlichen Verfallung auf die Deckung des Nahrungs- und Rohstoffbedarfs sowie der Arbeitskraftreserven. Ein besonderes Kapitel ist der Gestaltung der Zahlungsbilanz gewidmet, deren Verantwortung für das Reparationsproblem grundlegend ist. Das Problem der Reichshaushaltsführung und ferner die Frage der deutschen Steuerbelastung finden entsprechende Berücksichtigung. In dem Schlußabschnitt wird reichhaltiges Zahlenmaterial zusammengetragen, das die Wirkung des Versailles-Vertrages auf das Ausland darlegt. Das ganze ist eine lebendige Rechnungslegung des deutschen wirtschaftlichen Soll und Habens und ein Grundriß neuer deutscher Wirtschaftskunde. Eine englische, französische, italienische und spanische Ausgabe werden in Kürze erscheinen.

**Markt- und Lohnstabilisierung.**

Berlin, 5. April. Die Frage, ob es jetzt, nachdem es gelungen ist, den Kurs der Mark ungefähr 6 Wochen auf dem gleichen Niveau zu halten, auch möglich sein wird, die Arbeiterlöhne zu stabilisieren, soll Mitte dieses Monats zwischen den Gewerkschaften und den Vertretern der Industrie zur Verhandlung gelangen. Wichtig ist, daß die Lohnfrage nicht für diese Verhandlungen das Problem sein, wie das Wachsen der Zahl der Arbeitslosen durch Aufrechterhaltung der Arbeit in Werken, die glauben, zur Stilllegung schreiten zu müssen, und durch Arbeitsstreckung verhindert werden soll. Für die Lohnfrage ist es von Bedeutung, daß das Stöcken der Preise, das in der zweiten Hälfte des Februar mit der Befestigung der Mark eintrat, zwar im März angehalten hat; aber der Durchschnitt der Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten im vergangenen Monat zeigt doch bereits wieder ein Anzeichen der Lebenshaltungskosten, das auch in dem Großhandelsindex zum Ausdruck kommt.

**Die Bedeutung der Zeitung für Handel und Industrie.**

Solingen, 4. April. Im Hinblick auf die augenblickliche Notlage der Presse faßte die Solinger Handelskammer folgende Entschliessung: „Die letzte Versammlung der Handelskammer zu Solingen hat sich eingehend mit der augenblicklichen Notlage der Presse befaßt, die auf die Steigerung aller Betriebskosten, insbesondere die der Papierpreise zurückzuführen ist. Den stark gestiegenen Setzungskosten stehen ausreichende Einnahmen vielfach nicht gegenüber. Nicht nur Zeitungen geringeren und mittleren Umfangs haben mit den größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen und haben teilweise bereits ihr Erscheinen einstellen müssen, sondern auch die große Presse kämpft um ihr Dasein. Industrie und Handel aber haben das lebhafteste Interesse daran, daß die Presse, die schnellste Uebermittlerin von wirtschaftlichen Nachrichten aller Art, in ihrer Unabhängigkeit und Leistungsfähigkeit nicht beeinträchtigt wird. Alle Kreise der Industrie und des Handels werden daher dringend gebeten, die Presse mit Anzeigen reichlich zu unterstützen.“

**Der Preis für das letzte Sechstel der Getreidenlage.**

Berlin, 31. März. Das Reichskabinett hat den Preis für das letzte Sechstel der Getreidenlage auf 650 000 Mark für Roggen festgesetzt. Im Zwanziger-Ausschuß hatte sich eine Mehrheit nicht gebildet, die Abstimmungsresultate bewegten sich zwischen 600 000 und über 800 000 Mark. Die Reichsregierung hat sich bei ihrer Entschliessung von der Erwägung leiten lassen, daß dem Sinne der Umlage gemäß eine Preisfestsetzung nicht in Betracht kommen konnte, die einschließlich der mit der Umlage verbundenen Erhaltungskosten und der sonstigen Unkosten des Umlageverfahrens den freien Marktpreis fast erreicht haben würde. Sie konnte dies umso weniger, als zwecks Durchführung des Abwehrkampfes die gesamte Richtung unserer Volkswirtschaft dahin gehen muß, alle Preise auf das engste zu berechnen. Andererseits ist auch nicht an dem Preis des fünften Sechstels von 600 000 Mark festgehalten worden, weil wenigstens in dem bezeichneten engen Rahmen das Mögliche gesehen soll, um der Landwirtschaft den weiteren Düngemittelbezug während der Frühjahrsbefruchtung zu erleichtern. Den Preis von 650 000 Mark hatte auch die Mehrzahl der Ländervertreter im Zwanziger-Ausschuß für empfehlenswert gehalten. Eine Erhöhung des Abgabepreises der Reichsgetreidestelle, die auf den Brotpreis einwirken würde, ist nicht beschlossene.

**Strompreise.**

rea Die fortschreitende Entwertung der Papiermark hat auf allen Gebieten eine gewaltige Preissteigerung zur Folge gehabt. Auch die Strompreise der Elektrizitätswerke mußten sich dieser Geldentwertung, soweit dies überhaupt möglich war, anpassen.

Es liegt nun auf der Hand, daß der Konsument geneigt ist, die Strompreise verschiedener Elektrizitätswerke miteinander zu vergleichen und naturgemäß zum Vergleich die Preise solcher Werke heranzuziehen, die niedrigere Tarife haben, als sein eigenes Werk. Nun ist aber die Elektrizität nicht eine Ware, die überall zu gleichen Preisen erzeugt werden kann, vielmehr muß man, wenn man einen solchen Preisvergleich anstellen will, zunächst die Mittel kennen, mit denen die Elektrizität erzeugt und außerdem die Verhältnisse, unter denen sie vertrieben wird. Es ist ein sehr großer Unterschied, ob die Elektrizität durch eine ständige Wasserkraft erzeugt wird, oder durch Wasserkraft mit Dampfmaschine oder mit Dampf allein. Die Erzeugungskosten aber spielen beim Preis des Stromes die Hauptrolle.

Bei Sinsheim beispielsweise handelt es sich um die Versorgung eines für einen relativ kleinen Stadtbezirk dienenden Gleichstromnetzes, welches im Verhältnis zu seinem geringfügigen Stromverbrauch für das Personal und die Unterhaltung der Maschinenanlagen und des Netzes sehr erhebliche Aufwendungen zu machen hat. Die Wasserkraft der Elsenz, die zurzeit Aushilfsstrom in das Werk liefert, ist sehr unständig; das Werk wird also in wasserarmen Zeiten wieder mit Kohlen bezug. Aushilfsstrom aus dem Badenwerk arbeiten müssen. Letzterer bedarf einer sehr verlustreichen Umformung. Die Kosten für diese Umformanlage, die erst neu erstellt wurde, haben den Vorkriegsstrom um ein vielfaches überschritten. Demgemäß erhöht sich auch der Kapitaldienst für diese Neuanlage.

Hätte das Sinsheimer Werk während den letzten drei Monaten ausschließlich mit Kohlen und Badenwerkstrom arbeiten müssen, so würden die Strompreise wesentlich höher gewesen sein. Wenn die Ueberlandzentrale Altwürttemberg niedrigeren Stromtarife hat, so ist dies darauf zurückzuführen, daß es sich hier um eine reine Wasserkraftanlage handelt und daß, soweit die Wasserkraftleistung nicht ausreicht, vorzugsweise Wasserstrom aus den benachbarten Wasserkraftzentralen hinzugekauft wird. Dieser hinzugekaufte Strom bedarf aber keiner Umformung, wie der Badenwerkstrom in Sinsheim, weil es sich dort um reine Drehstromanlagen handelt. Daß reine Wasserkraftanlagen, auch wenn sie auf Fremdstrombezug von anderen Wasserkraftwerken angewiesen sind, stets günstiger arbeiten, wie ein kleines Gleichstromwerk zeigt u. a. das Beispiel von Bammental, wo der Februar-Lichtstrompreis nur Mark 1000 pro Kilowattstunde betrug.

Die anschließende kleine Aufstellung der Strompreise einiger benachbarten Werke die, abgesehen vom Badenwerk unter ähnlichen Verhältnissen arbeiten, wie Sinsheim, zeigt am deutlichsten, daß die Strompreise in Sinsheim im Monat Februar keinesfalls so hoch waren. Die Versorgung von Freiburg, welches im Februar einen niedrigeren Strompreis hatte, erfolgt durch Wasserstrom, welcher verhältnismäßig günstig eingekauft wird.

Lichtstrompreise im Monat Februar 1923.	Mk. 1700 pro K.W.
Badenwerk	1400
Heidelberg	1400
Rheinau (D. E. G.)	950
Freiburg	1750
Mannheim	1600
Biesloch	1650
Karlsruhe	1200
Weinheim	1200

Schon heute läßt sich sagen, daß in absehbarer Zeit an einen Preisabbau kaum gedacht werden kann, da bislang weder die Gehälter und Löhne noch die Aufwendungen für die Unterhaltung irgendwelche Neigung zum Sinken zeigen. Beurteilt man, was jedenfalls viel richtiger ist, die Strompreise im Verhältnis zur allgemeinen Geldentwertung, so läßt sich ohne weiteres feststellen, daß fast alle Elektrizitätswerke ihre Tarife auf Kosten einer Verminderung ihrer Substanz niedrig halten. Daß dieses keinesfalls den Interessen der Konsumenten dient, die an einer dauernden und zuverlässigen Stromlieferung das größte Interesse haben, liegt auf der Hand.

Wie weit die Strompreise hinter der wirklichen Geldentwertung zurückgeblieben sind mag folgendes Zahlenbeispiel zeigen: Im Frieden betrug der Lichtstrompreis 50 Pfg. pro K.W. und der Preis für 1 Kg. Kohle 2 Pfg., der Konsument bezahlte demnach für 1 Kilowattstunde den Wert von 25 Kg. Kohle. Im Februar kostete das Kg. Kohle Mark 200, die K.W. Lichtstrom in Sinsheim Mark 1200, der Konsument bezahlte also für die Kilowattstunde den Wert von nur 6 Kg. Kohle, demnach 76 Prozent weniger als im Frieden.

**Aus Nah und Fern.**

Sinsheim, 5. April. (Strompreise.) Nachdem nunmehr in Berlin eine Ermäßigung der Kohlenpreise, insbesondere der Kohlensteuer beschlossen worden ist, darf angenommen werden, daß auch diejenigen Artikel des täglichen Bedarfs, deren Preise durch die Besserung der Mark noch nicht beeinflusst werden konnten, eine Verbilligung erfahren. Für elektrischen Strom, dessen Preis in besonders engem Zusammenhang mit dem Kohlenpreis steht, wird dies ab 1. April bestimmt der Fall sein.

Sinsheim, 5. April. (Prüfung im Hufbeschlag.) Am 28. April findet in der Hufbeschlagschule in Karlsruhe eine Prüfung im Hufbeschlag statt. Die Anmeldungen sind schriftlich beim Bürgermeister des Wohnortes einzureichen. Teilzunehmen haben die Prüflinge den Geburtschein und den Nachweis über eine mindestens 4jährige Tätigkeit im Schmiedehandwerk; der Nachweis muß vom Bürgermeisteramt beglaubigt sein. Dieses legt die eingegangenen Gesuche alsbald dem Ministerium des Innern vor, das über die Zulassung des Bewerbers zur Prüfung endgültig entscheidet.

Sinsheim, 4. April. (Billiger Stickstoff.) Um den Landwirten, die sich noch nicht mit Stickstoffdünger versorgt haben, die Möglichkeit zu geben, solchen noch für die Frühjahrsbefruchtung billig zu erwerben, hat sich das Stickstoffsyndikat entschlossen, ohne Rücksicht auf die Gesteungskosten vorübergehend zu erheblich gesenkten und weit über den durch die Kohlenpreiserhöhung vom 1. April bedingten Maß hinaus herabgesetzten Preisen zu verkaufen. Die Preise sind mit Wirkung ab 3. April ermäßigt und betragen für das Kilogramm Stickstoff im schwefelhaltigen Ammoniak, salzsauren Ammoniak und Kali-Ammon-Salpeter 6000 Mark, Natron-Salpeter 7250 Mk. und Kalistickstoff 5400 Mk. Das Stickstoff-Syndikat hält sich an diese Preise gebunden, falls Bestellung, Abruf und Bezahlung bis zum 17. April einschließlich erfolgt sind.

Sinsheim, 4. April. (Der Frachtturkundenstempel) wird vom 1. April an nicht mehr erhoben. Von diesem Tage an entfällt daher die Pflicht des Absenders, auf den Frachtbriefen zu Stückgutsendungen und auf den Paketkarten zu Expressgut Frachtturkunden aufzukleben. Wegen der Rücknahme von Stempelmarken und gestempelten Frachtturkunden, die sich etwa im Besitz von Verkehrestreibenden befinden, erhalten die Dienststellen der Eisenbahn und der Steuerverwaltung später noch Anweisung.

Karlsruhe, 4. April. (Vom Bürgerausschuß.) In seiner letzten Sitzung hatte sich der Bürgerausschuß mit der Ueberlassung eines Teiles der Feldwege an Schäfer Rau hier zu befassen, um diese Wege für eine Herde Schafe als Sommerweide zu benützen. Als Vergütung hat der Genannte 1000 000 Mark geboten. Der Pflanzensoll in die Gemeindekasse fließen. Der Bürgerausschuß hat seine Zustimmung verweigert. Weiter wurde den Satzungen für die Neugestaltung der allgemeinen Fortbildungsschule zugestimmt und ferner die Genehmigung zur Aufnahme eines Darlehens von 6 1/2 Millionen Mark bei der Spar- und Waisenkasse hier erteilt. Der Gemeindevoranschlag für 1922/23 fand einstimmige Genehmigung.

Rappenaу, 4. April. (Bürgerausschuß.) In der am vergangenen Samstag Abend stattgehabten Bürgerausschußsitzung wurden die Satzungen über die Neugestaltung der allgemeinen Fortbildungs- und Haushaltungsschule, die durch Herrn Bürgermeister Hofmann zur Verlesung gebracht wurden und nach denen ein Ortschulverband Rappenaу, der die Gemeinden Rappenaу,



Babst, Treßklingen, Zimmerhof und Heinsheim in sich schließt, gebildet wurde, nach eingehender Durchberatung gutgeheißen. Weiter wurden die Tagesgebühren der Gemeindebeamten und Bediensteten neu festgesetzt bezw. den Gebühren der Ortsrichter für die mittleren Gemeinden angepaßt, wonach z. Bt. für Dienstleistungen in der Gemeinde pro Stunde Mk. 350.— vergütet werden. Schließlich kam die Turnplatzfrage zur Sprache und wurde gewünscht, die Gemeindeverwaltung möge diese bald erledigen, damit den Turnvereinen ein geregelter Turnen ermöglicht würde.

Epplingen, 4. April. (Der Gesangverein Frohsinn) wird am 12., 13. und 14. Mai seine Fahnenweihe abhalten. Damit verbindet der Essenzgängerbund ein Wettfingen in der hiesigen Turnhalle.

Heidelberg, 4. April. (Ein Schwindler.) Ein etwa 36 Jahre alter Mann erschien gestern in der Bahnhofstraße bei einer Frau und erzählte ihr, daß er ihr für 40000 Mark Zucker verschaffen könne. Die vertrauensselige Frau gab dem Fremden die 40000 Mark und zwei Säcke. Weder Geld, noch Säcke, noch Schwindler sah sie wieder.

Heidelberg, 4. April. (Die Automobilraerei) scheint die Ursache des tödlichen Unglücksfalls gewesen zu sein, der sich am Ostermontag ereignete. Obgleich die Straße am Haarlah von Hunderten von Spaziergängern belebt war, fuhren zahlreiche Automobile ohne Rücksicht auf die Fußgänger in scharfem Tempo über die Landstraße. Der Kaufmann Emil Dühring, der mit mehreren Angehörigen und Kindern auf dem Heimweg begriffen war, wollte, als mehrere Autos dicht hintereinander vorübergerast waren und die Luft mit einer erstickenden grauen Staubwolke erfüllt hatten, das auftauchende Auto des Kommerzienrats Stoß zum Langsamfahren bewegen, indem er mitten auf die Straße sprang und die Hände hoch hob. In demselben Augenblick sauste aber auch schon der schwere Kraftwagen über den unglücklichen Mann hinweg und tötete ihn.

Heidelberg, 3. April. (Gedenkstein.) An der Nordseite am Palzgrafenstein, wo am 29. Juni 1921 die beiden Bürgermeister Busse und Werner ermordet und beraubt wurden, läßt das Korps Vandalia, dessen Alter Herr Busse war, zurzeit einen schlichten Gedenkstein errichten. Es wurde dazu ein großer Sandsteinblock verwendet.

Mannheim, 3. April. (Mai-Kennen.) Die Regierungsentcheidung wegen der Totalisator-Steueranteile des Badischen Rennvereins ist nunmehr ergangen und der Badische Rennverein Mannheim hat infolgedessen beschlossen, die Mai-Pferderennen am Markt-Sonntag den 29. April, Markt-Dienstag, den 1.

Mai und Sonntag, den 6. Mai abzuhalten. Auch der historische Mannheimer Markt wird stattfinden.

Ludwigshafen, 3. April. (Ein Messerheld.) Am Ostermontag verlegte ein von seiner Frau getrennt lebender Schlosser von hier in der Wohnung eines Heizers, wo sich seine Frau aufhielt, diesem mit einem Taschenmesser einen Stich in den Unterarm und als sich der Wohnungsinhaber einmischte, auch diesem 5 erhebliche Messerstiche in beide Arme. Die beiden Verletzten mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Ludwigshafen, 4. April. (Unglück. — Diebe.) Gestern nachmittag geriet ein verheirateter Hafenarbeiter beim Rangieren von Eisenbahnwagen am Lutpoldhafen zwischen die Buffer der Wagen, wobei ihm der Brustkorb eingedrückt wurde, sodaß der Tod nach kurzer Zeit eintrat. — Ein Sattler, sowie ein Maschinenschlosser von auswärts, die zurzeit auf Wandererschaft sind, entwendeten aus einem Hause in der Bleichstraße aus einer unbewohnten Wohnung zwei Zimmeröfen im Werte von 300000 Mk. Durch den Verkauf bei einem Althändler hier wurden die Diebe ermittelt.

Neustadt a. S., 3. April. (Tödl. überfahren.) Am 30. v. Mts. wollte auf der Landstraße zwischen Müßbach und Weidesheim der Chauffeur der Weinkellerei Ed. Witter in Neustadt einem Radfahrer aus Müßbach vorfahren und gab vorher ordnungsgemäß sein Signal. Der Radfahrer verlor die Herrschaft über sein Rad, stürzte vor das Auto auf die Fahrbahn und wurde überfahren. Der Verunglückte starb auf dem Wege zum Krankenhaus.

Neuenbürg b. Pforzheim, 4. April. (Eine Familiendramme) hat sich hier abgespielt. Die Frau des Zahnärzters Julius Klausner war vor wenigen Wochen gestorben und hatte ihr Vermögen ihren Kindern vermacht. Zwischen Vater und Sohn kam es deshalb mehrfach zu Streitigkeiten, die schließlich in Tätlichkeiten ausarteten. Als hierbei der Vater auf seinen ältesten Sohn mit einem Holzstück einschlug, gab dieser drei Schüsse auf seinen Vater ab und tötete ihn auf der Stelle.

Waldkirch, 1. April. (Fast zur selben Stunde) aus dem Leben geschieden sind die Eheleute Theodor Böggerich. Beide Eheleute waren über 80 Jahre alt. Zuerst starb Frau Böggerich, ohne daß ihr Mann etwas davon gemerkt haben dürfte und etwa 2 Stunden darauf wurde der Ehemann aus dem Leben gerufen. Böggerich war über 50 Jahre Raucher hier.

Beuren bei Stockach, 4. April. (Tödl. Absturz.) Auf der Steige Friedlingen-Beuren flog dem mit dem Rad fahrenden Landwirt Gräble von Lach der Hut vom Kopfe. Er

bremste sein Fahrrad so stark, daß dieses sich überschlug. Gräble wurde auf die Straße geschleudert und sofort getötet.

Singen, 4. April. (Spione in Oberbaden.) In den letzten Tagen sind hier mehrere Personen verhaftet worden, die in die Hochverratsaffäre verwickelt sind und französische Spionagedienste geleistet haben. Durch ein Zufall wurde der Briefwechsel aufgedeckt, in dem die Franzosen Auskunft über die Reichswehr in Konstanz verlangten. Als Hauptbeteiligte kommen die Gebrüder Wuttsche und der Ingenieur Rief in Betracht.

Antliche Kurse

Table with columns for various financial instruments and their values, including 'Kriegsanleihe', 'Bad. Eisen. Anl.', 'Bayern', etc.

Evang. Gottesdienst

Sonntag, 8. April. Quasimodogeni. 1/2 10 Uhr: Gottesdienst. Pfarrer Ebert, Dühren.

Fleisch sparen hilft

Maggi's Würze.

Die dünnste Wasserfluppe, schwache Fleischbrühe, Gemüse usw. erhalten augenblicklich kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen Maggi's Würze.

Man verlange ausdrücklich Maggi's Würze.

Im Interesse der vielen Bruch- und sonstigen Leidenden, sei an dieser Stelle ganz besonders auf das Insepat der Firma Ph. Steuer Sohn in heutiger Nummer hingewiesen. Der Vertreter dieser Firma und ihres beratenden Arztes Dr. med. Kühner bürgt dafür, daß jedermann bestens bedient wird.

Bruchsaler Treuhand-Gesellschaft

m. b. H.

Aufstellung und Prüfung von Bilanzen, Steuerberatung, Vermögensverwaltungen, Gründungen, Bücheranlage, Immobilien- und Hypothekenverkehr, Beratungen in allen verwandten Gebieten.

Büro Kaiserstraße 1 part. Telephon Nr. 75. Bankkonto: Darmstädter- u. Nationalbank.

Stammholz-Verkauf.

Am Montag, den 9. April ds. Js., vormittags 10 Uhr beginnend kommen aus den Herrschaftswaldungen sowie Schloßgarten in Michelsfeld zum Verkauf:

- 3 Eichen IV. u. V. Kl. mit 1,57 Fm.
3 Akazien IV. u. V. " " 1,39 "
1 Fichtenabstamm V. " " 0,24 "
10 Birken IV. u. V. " " 4,30 "
3 Eichen III. IV. u. V. " " 1,22 "
6 Verbstangen II. " " 0,20 "

Zusammenkunft im Herrschaftswald.

Neckar im m. n., den 4. April 1923.

Freiherrl. v. Gemmingen-Hornberg'sches Rentamt.



DEUTSCHE PASSAGIERDAMPFER

MIT VORZÜGLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR REISENDE ERSTER ZWEITER UND DRITTER KLASSE / MODERNE DRITTE KLASSE MIT ZWEI-, VIER- UND SECHSBETTIGEN KABINEN SPEISESAAL UND GESELLSCHAFTSRAUM

NÄCHSTE ABFAHRTEN VON HAMBURG

- 12. April P.-D. „Cap Polonia“
26. April P.-D. „Antonio Delfino“
17. Mai P.-D. „Cap Norte“.

AUSKUNFT ERTEILT HAMBURG-SÜDAMERIKANISCHE DAMPSCHIFFFAHRTS-GESELLSCHAFT HAMBURG 8 / HOLZDRÜCKE 8 / BEIM HOFFENMARKT VERTRETER Hermann Rettig & Co., Heidelberg Hauptstr. 77, im Hotel Wagner. Tel. 2206.

Welt-Kino Sinsheim

Spielplan für Samstag 7. und Sonntag 8. April. Ein berühmter erstklassiger Film wird gespielt! Die Legende von der Simplicio in 6 Akten. Nero, der Tyrann von Rom Lustspiel in 1 Akt. Spielzeit: Samstag Abend 8 Uhr Anfang Sonntag Abend 8 Uhr Anfang Es ladet freundlichst ein Die Direktion.

Advertisement for 'Universal-Bruchband' and 'Leibbinden' by Dr. med. Kühner, including details about the product and the doctor's address.

Advertisement for 'Hausbacköfen?' by Gebr. Kirsch, Meckesheim, highlighting features like 'Keine Vorfeuerung' and 'Geringer Platzbedarf'.

Advertisement for 'Mädchen' (maid service) and 'Kleinschiffenfabrikation im Hause' (home boat building).

Advertisement for 'AMERIKA OSTASIEN AUSTRALIEN' shipping line, featuring an illustration of a ship and details about routes and services.

Advertisement for 'Kinder lernen leicht' (children learn easily) and 'Für Ritzfelle' (for leather goods).

Advertisement for 'Willi Wolff Heilbronn' with contact information.

Advertisement for 'Rechnungsformulare' (accounting forms) and 'Prächtiges Haar' (beautiful hair).